

die Liebe zu ihrem Volke. Als der Hauptmann zur Brautschau aussuchte, da wollte sie ihm so-  
 nich sagen, daß sie Jüdin ist, einmal im Schlosse  
 Königs, als dessen Gattin, verleugnet sie ihre  
 kunft. Selbst ihren Onkel Mordechai will sie  
 kennen. Mit der Warnung, die dieser dem Kö-  
 schickt wegen des Anschlages der einstigen  
 nigin Vasthi und des Königs Mundschenks bricht  
 Fragment zu Beginn des dritten Aktes ab. Wie  
 Dichter sich den Fortgang der Handlung gedacht  
 wissen wir nicht. Zwei Vermutungen liegen  
 über vor. In einem Gespräch, das Grillparzer  
 später, zu Ende der sechziger Jahre, geführt  
 (das Fragment selbst ist in den Jahren nach  
 7 geschrieben), soll er geäußert haben, daß die  
 nigin Esther des Dramas sich zu einer verderben-  
 igitantin entwickelt habe.  
 Doch steht dieser, sich zur Bibel stark in Wider-  
 setzenden Entwicklung auch die Vermutung  
 gegenüber, daß der Dichter die Dinge zeitweise auch  
 bers habe gehen lassen wollen, indem er sich mehr  
 Erzählung der Bibel anschloß. Zu bedauern  
 ist es, daß ein Dichter vom Range Grillparzers  
 Stoff, dessen dramatische Lebendigkeit sich uns  
 schon beim Lesen der der biblischen Geschichte  
 drängt, nicht hat zu Ende führen können. Er teilt  
 Schicksal des Schillerschen „Demetrius“, der  
 auch nur ein Fragment geblieben ist. Im Jahre  
 183 ist „Esther“ dann von Rudolf Krauß vollendet  
 worden, aber es ist für einen Dichter natürlich im-  
 mer schwer, dort einzusetzen, wo ein anderer die  
 der aus der Hand gelegt hat. Wir möchten noch  
 hervorheben, daß in dem Grillparzerschen Stück  
 die Figur des Mordechai am besten gelungen zu  
 n scheint; er steht auch unserem Herzen am  
 nächsten. Er sieht in Esther, seiner Nichte, das Mit-  
 dessen sich die Vorsehung bedient, um Israel  
 der zum Glanz zu führen:

„Gott Israels meiner Väter!  
 War es Dein Ratschluß, eine unseres Volkes  
 Zu setzen hoch auf Aslens stolzen Thron,  
 Daß sie ein Schutz sei ihrer flüchtigen Brüder,  
 Vielleicht sie heimführt in ihr Vaterland  
 Und neu erbaut des Bundes alten Tempel.“

Im Jahre 1917 ist von Friedrich Franz Goldau  
 eine Tragödie, „Hadassa“ (Königin Esther), erschie-  
 nen, die den Stoff anders ansaßt. Wo ein Grillparzer-  
 gegraben hat, ist allerdings für einen anderen die  
 Arbeit nicht leicht. Aber man muß es Goldau lassen,  
 daß er es versteht, seinen eigenen Weg zu wandeln.  
 Nur ist es schade, daß er die alten schönen Namen  
 in so jammervoller Weise mißhandelt. Während  
 Grillparzer in Versen schrieb, greift Goldau zur  
 Prosa und splint den Dialog weit aus. Er folgt im  
 wesentlichen dem Gang der biblischen Erzählung,  
 läßt aber einen tragischen Schluß ahnen.

Man kann nicht sagen, daß Goldau „das“ Esther-  
 drama geschaffen hat, dazu ist seine Sprache nicht  
 abgeschliffen genug und das Stück selbst von stö-  
 render Länge, voll von Nebensächlichem, daß unser  
 Interesse ablenkt. Immerhin kann es sich als Ver-  
 such wohl sehen lassen.

So verlangt das Esthervotiv noch immer dringend  
 nach einem Dichter, der imstande ist, alles aus ihm  
 herauszuholen, das in ihm liegt; der uns die Gestalt  
 der Königin lebendig vor unser Auge bringt, Mor-  
 dechai in der Liebe zu seinem Volke und zu seiner  
 Nichte versinnbildlicht, das tragische Los der Juden  
 gegenwärtig macht und die Gerechtigkeit triumphie-  
 ren läßt. Ist es nicht ein Stoff, würdig eines Dicht-  
 ers? Möchte er uns bald geschenkt werden in einer  
 so bedeutenden Persönlichkeit, wie ihn „Jeremias“ in  
 Stefan Zweig gefunden hat.

## Unsere Gemeinden

### Entwicklung der Berliner Gemeinde — Ein Schritt zum gegenseitigen Verständnis in Frankfurt a. M. — Sorgen der Breslauer Gemeinde

Berlin. Die Repräsentantenversammlung der  
 Berliner Jüdischen Gemeinde wird sich demnächst  
 mit dem Etat für 1927 zu beschäftigen haben. Laut  
 dem Gemeindevorstand bereits vorliegenden  
 Haushaltsanschlag haben sich die Gesamtausgaben gegen-  
 über dem Etat von 1926 von 8 358 000 M. auf  
 22 000 000 M., also um rund 870 000 M. erhöht. Die  
 Gesamteinnahmen sind um rund 15 Prozent gestie-  
 gen. Von den Einnahmen müssen 5 650 000 M. durch  
 Steuern aufgebracht werden. Mehr als 2 1/2 Millio-  
 nen Mark entfallen auf Ausgaben für Kultus- und  
 sozial-Angelegenheiten. Die Aufwendungen für  
 Unterrichtszwecke und für die Unterhaltung der  
 Gemeindebibliotheken betragen 1 080 000 M. Das  
 Wohlfahrtswesen soll mit 2 680 000 M. dotiert wer-  
 den, für allgemeine jüdische Angelegenheiten ist ein  
 Betrag von 406 000 M. ausgeworfen. Die allgemeine  
 Verwaltung im Jahre 1925 wird etwas über 1 1/2 Mil-  
 lionen Mark erfordern. Im Etat erscheint erstmalig  
 diesem Jahre die Abteilung für Jugendpflege. Für  
 den Jugendpflegeausschuß sind an Ausgaben  
 200 000 M. vorgesehen. In der Position „Allgemeine  
 jüdische Angelegenheiten“ erscheinen 280 000 M.  
 als Beitrag für den Preussischen Landesverband.  
 Die Ausgaben für Gehälter und Remunerationen  
 sind auf über eine halbe Million Mark gestiegen.

Wie das „Israelitische Familienblatt“ schreibt,  
 man schon jetzt gesagt werden, daß die Ausgaben  
 Gemeindefürsorge im kommenden Jahre die  
 Summe von 10 Millionen Mark überschreiten wer-  
 den, also ein Betrag, der die Jüdische Gemeinde  
 Berlin an die Spitze aller europäischen Gemeinden  
 stellt.

Frankfurt a. M. Zu einem großen Aus-  
 trachtungs-Abend versammelte sich am Montag, dem  
 13. März, im großen Saal der Frankfurt-Loge eine  
 zahlreiche Zuhörerschaft aller jüdischen Gesin-  
 nungsgruppen. Dr. Siegfried Auerbach als Zionist  
 und Dr. Michel Grünebaum als Gemeinde-Ortho-  
 doxe berichteten über „Grundfragen jüdischer  
 Gemeinden“. Bertha Pappenheim, die als liberale  
 Rednerin vorgesehen war, konnte nicht sprechen.  
 Dr. Auerbach sprach von der nicht genügend ge-  
 legten Verbindung zwischen Gemeindebehörden  
 und Gemeindegliedern und gab, ohne von eng-  
 reitendem Standpunkt aus zu reden, viele  
 wertvolle Anregungen, u. a. die der Schaffung einer  
 Gemeindeversammlung. Der zweite Referent, Dr.  
 Grünebaum, behandelte im ersten Teil seines tief-  
 eindringenden Referats ebenfalls einige wichtige Ein-  
 wände, um dann zu den speziellen Forderungen  
 der Konservativen überzugehen, unter denen er  
 eben der selbstverständlichen Sorge für alle tra-  
 ditionellen Einrichtungen und dem verfassungs-  
 mäßigen Schutz vor Ueberstimmung in Gewissens-  
 Angelegenheiten, besonders eine eigene konserva-  
 tive Volksschule, möglichst sogar Mittelschule, ver-  
 langte. In der Diskussion ergriffen zunächst die  
 Mitglieder der Gemeindeverwaltung bzw. Vertre-  
 tung, Rechtsanwalt Dr. Bärwald und Rechtsanwalt  
 Dr. Geiger, das Wort, von denen der erste die er-  
 heblichen Bemängelungen zu widerlegen suchte und

der zweite auf eine Reihe noch nicht behandelter  
 Grundfragen hinwies, wie die von Volksgemeinde  
 oder Religionsgemeinde, Konfessions- oder Simul-  
 tanschule u. a. m. Auf diese Dinge ging dann die  
 weitere Diskussion ein, an der sich u. a. Referendar  
 Josef Klibansky und Rechtsanwalt Dr. Julius Simon  
 beteiligten. Besonderen Eindruck machten die  
 Ausführungen Dr. Ernst Simons, der als eine Grund-  
 frage das Werden eines neuen Führertyps bezeich-  
 nete, der nicht mehr, wie zur Zeit des Kampfes um  
 die Emanzipation, die Fähigkeit zur Vertretung  
 nach außen, sondern die Fähigkeit zu geistiger Füh-  
 rung nach innen haben müsse und deshalb nicht  
 entjude, sondern wahrer Jude sein müsse. Zu einem  
 Erlebnis wurde die warmherzige, von tiefstem jü-  
 dischen Fühlen getragene und von wärmster Liebe  
 zu allem Jüdischen erfüllte Rede des Gemeindevor-  
 sitzenden Dr. Blau. Seine Erklärung, daß heute kein  
 einziger liberaler Jude in Deutschland das Juden-  
 tum nur als Religion ansehe, sondern daß auch  
 dem Liberalen „der einzige Gott und das einzige  
 Volk“ Grundworte seiner Lehre und seines Lebens  
 seien, und daß der Weg zu gemeinsamer Arbeit in  
 allen Fragen jüdischer Tat gefunden werden müsse,  
 machte überwältigenden Eindruck. So war die  
 Versammlung ein voller Erfolg, nicht nur für die  
 Gesellschaft für jüdische Volksbildung, deren Vor-  
 sitzender Prof. Dr. Moritz Werner Leiter und  
 Initiator der Versammlung war, sondern vor allem  
 ein Erfolg für den Gedanken, daß viele Juden zwar  
 immer noch weit voneinander entfernt stehen, aber  
 doch: auf einer Brücke.

Breslau. Unter der Ueberschrift „Folgen-  
 schwere Austritte aus dem Judentum“ schreibt die  
 Breslauer „Nachpost“ u. a.: Einsichtige wissen,  
 daß das Kapital nichts mit Nation, Religion, blon-  
 den Haaren oder krummen Nasen zu tun hat, son-  
 dern eine internationale Angelegenheit ist, und  
 daß die Herrschaft des Kapitalismus nicht ge-  
 brochen wird, wenn man ein paar Dutzend Juden  
 totschlägt. Aber aus agitatorischen Gründen ver-  
 schweigt man, daß es arme Juden gibt, so daß es  
 z. B. in Breslau in gewissen Stadtteilen jüdisches  
 Elend, jüdische Flüchtlingskatastrophen und jü-  
 dische Kriegsverletztentragedien gibt. Die Jü-  
 dische Gemeinde hat sich ein eigenes Wohlfahrts-  
 amt eingerichtet, das alle Hände voll zu tun hat  
 und dessen Mittel ebensowenig zur Linderung der  
 schlimmsten Not ausreichen, wie die Mittel des  
 städtischen Wohlfahrtsamtes. Es ist jedenfalls  
 außerordentlich dankenswert, daß die Jüdische Ge-  
 meinde der Stadt einen, wenn auch kleinen Teil  
 ihrer Sorgen um die Aermsten der Armen ab-  
 nimmt. Das jüdische Krankenhaus ist eine in Bres-  
 lau sehr bekannte und berühmte Institution, die  
 übrigens fast stets von Christen mehr benutzt wird  
 als von Juden. Und es ist tief bedauerlich, wenn  
 man hört, daß dieses vorbildlich geleitete Kran-  
 kenhaus heute nicht mehr weiß, wo es seine Zu-  
 schüsse zur weiteren Existenz hernehmen soll.

Die Jüdische Gemeinde hat in dem Bestreben,  
 die Mittel für ihre Wohltätigkeitsarbeit aufzu-

bringen, den Steuerbogen in vielen Fällen erheb-  
 lich überspannt, so daß die recht folgenscherbe  
 Tatsache zu konstatieren ist, daß viele angesehene  
 und reiche Juden der hohen Steuern wegen zum  
 Teil aus dem Judentum, zum Teil nur aus der  
 Breslauer Jüdischen Gemeinde austreten. Als kurz  
 nach der Inflation Alfred Gittler eine Synagogen-  
 steuerrechnung von 32 000 Mark präsentiert  
 wurde, zahlte er und trat aus der Gemeinde aus.  
 Jetzt hört man, daß auch Justizrat Mamroth, dem  
 angeblich 8000 Mark Steuern abverlangt wurden,  
 aus der Gemeinde ausgetreten ist. Diesen Bei-  
 spielen prominenter Juden folgen fast allwöchent-  
 lich andere. So ist neuerdings Rechtsanwalt Eugen  
 Bandmann, einer der meistverdienenden Breslauer  
 Anwälte, aus der Jüdischen Gemeinde ausgetreten,  
 ebenso der Kaufmann Franz Stein mit seiner Gat-  
 tin. Interessant ist ferner, daß zwei prominente  
 Mitglieder unseres Stadttheaterensembles, der  
 Kapellmeister Patin und der Opernregisseur Dr.  
 Herbert Graf nicht nur aus der Jüdischen Ge-  
 meinde, sondern überhaupt aus dem Judentum  
 ausgetreten sind, und man darf wohl annehmen,  
 daß hier noch andere als nur steuerliche Gründe  
 ausschlaggebend sind.

Diese Dinge, meint der Artikelschreiber, gehen  
 die Allgemeinheit an. Es kann niemandem, es kann  
 vor allem der Stadt nicht gleichgültig sein, wenn  
 die Jüdische Gemeinde die für ihre umfangreiche  
 Wohltätigkeitsarbeit notwendige Steuerkraft ihrer  
 reichsten Mitglieder verliert, denn was die Jü-  
 dische Gemeinde nicht aus eigenen Mitteln leisten  
 kann, fällt der Stadt zur Last und, wie gesagt, das  
 jüdische Elend in Breslau ist größer, als Ahnungs-  
 lose glauben, nur daß es sich nicht aufdringlich  
 zeigt und nicht lärmhaft von sich reden macht.

#### Frankreich

Paris. Die französische Presse begrüßt mit  
 Genugtuung die Auszeichnung des Großrabbiners  
 von Frankreich, Israel Levi, dem die Regierung den  
 Orden der Ehrenlegion verliehen hat.

#### Oesterreich

Ein Wiener Rabbiner in Deutschland ausgezeich-  
 net. Wien. Der hiesige Rabbiner Dr. Max  
 Grunwald wurde durch Verleihung des Ehren-  
 diploms der Düsseldorfer Großen Hygiene-Ausstel-  
 lung „Gesolei“ in Anerkennung seiner publizistisch-  
 fachmännischen Mitwirkung bei der jüdischen Son-  
 derausstellung „Hygiene der Juden“ ausgezeichnet.

### Ein amerikanischer Pastor gegen Unduldsamkeit

Washington. Der Präsident der amerika-  
 nischen Kommission für den Schutz der Rechte der  
 religiösen Minderheiten Rev. Dr. Arthur J. Brown  
 sprach als Gastredner auf der Tagung des Amerika-  
 nisch-Jüdischen Kongresses und teilte mit, seine  
 Organisation habe eine Kommission nach Europa  
 gesandt, die die Aufgabe hat, die Lage der Juden  
 in den verschiedenen europäischen Ländern zu stu-  
 dieren; ihr Bericht wird in einigen Monaten fertig  
 vorliegen. Die Frage, fuhr Dr. Brown fort, ist ja  
 nicht nur eine jüdische, sondern eine allgemein  
 menschliche und unabhängig vom religiösen Be-  
 kenntnis. Wir dürfen nicht auf dieser Seite des  
 Ozeans ruhig zusehen, wie auf der anderen Seite  
 Menschen grausam unterdrückt werden. Es war  
 der Mörder Kain, der sagte, er sei nicht zum Hüter  
 seines Bruders bestellt. Für mich als Christen ist  
 es demütigend, daß Männer, die sich so nennen,  
 sich der Mißhandlung von Nichtchristen schuldig  
 machen. Jeder wahre Christ hat die Pflicht, solche  
 Leute öffentlich als keine Jünger Christi bloßzu-  
 stellen. Ihr christliches Glaubensbekenntnis ist nur  
 ein Feigenblatt, um die Scham ihrer unchristlichen  
 Handlungen zu bedecken. Nicht Duldung wollen  
 wir, ich liebe dieses Wort nicht; wir wollen Ge-  
 rechtigkeit, Brüderlichkeit. Der Geist wahrer Re-  
 ligion im Alten wie im Neuen Testament ist der  
 Geist der Freundschaft, der Liebe und der gegen-  
 seitigen Achtung, auch wo man nicht miteinander  
 übereinstimmt.

Die Juden, fuhr Dr. Brown fort, sind nicht die ein-  
 zigen in Rumänien, die Verfolgungen ausgesetzt  
 sind. Es gibt auch viele Christen in diesem Lande,  
 die Unrecht zu erdulden haben. Als Belohnung für  
 die Zusammenarbeit mit den Alliierten bekam Ru-  
 mänien die große schöne Provinz Transsylvanien,  
 deren Bevölkerung aus Presbyterianern, Lutheranern,  
 Unitariern und römischen Katholiken besteht.  
 Die Rumänen selber gehören aber der griechisch-  
 orthodoxen Kirche an, die die Staatskirche Rumä-  
 niens ist. Der Friedensvertrag sieht ausdrücklich  
 den Schutz dieser Minderheiten vor, aber die ru-  
 mänische Regierung setzt sich über diese Bestim-  
 mungen hinweg. Die amerikanische Kommission  
 für die Rechte der religiösen Minderheiten, deren  
 Präsident zu sein ich die Ehre habe, hat zweimal  
 Abordnungen nach Rumänien entsandt, um zu inter-  
 venieren. Auch die Kirchen Großbritanniens haben  
 Abordnungen entsandt. Die Berichte aller dieser  
 Abordnungen führen absolute Beweise dafür an, daß  
 die Friedensverträge verletzt wurden. Nicht Privi-  
 legien fordern wir, sondern die Erfüllung des Ver-  
 trages, den Rumänien feierlichst unterzeichnet hat.

**Wo treffen wir uns?** Im Restaurant und Kaffeehaus „City“

Frühl 23 — Richard-Wagner-Straße 15 — Täglich ab 5 Uhr die beliebte russische Balalaika-Kapelle Wladimirow

